



**KORNWESTHEIMER
ZEITUNG**
25. Juni 2020

In diesem Bereich würde der Nordoststring (von rechts kommend) auf die B 27 treffen.

Foto: Archiv/Werner Kuhnle

Nordoststring: Skepsis herrscht weiter vor

Auch die überarbeiteten Pläne einer Tunnellösung stoßen nicht auf Begeisterung. Dennoch will man sich nun mit den Details des Vorschlags beschäftigen. *Von Peter Meuer und Anne Rheingans*

Niemand lehnt den Nordoststring so entschieden ab wie die Kornwestheimer. Quer durch die Bürgerschaft, Naturschutzverbände und durch alle Gemeinderatsfraktionen sowie die Verwaltungsspitze kommt die Straßenplanung seit Jahr und Tag nicht gut an. Ähnlich hoch dürfte der Widerstand nur noch in Fellbach sein. Wie Kornwestheim wäre auch die zweitgrößte Stadt des Rems-Murr-Kreises in Sachen Flächenverbrauch und zusätzlicher Verkehr stark vom Nordoststring betroffen.

Wenn nun also neue Ideen, Visionen gar auf dem Tisch liegen, wie die Umgehung aussehen wird, so diese nach Jahrzehnten überhaupt gebaut wird, dann dürfte das nicht zuletzt darauf abzielen, die Kornwestheimer Fundamentalopposition in Richtung Gesprächsbereitschaft zu lenken. Doch kann das gelingen?

Am Dienstag haben der Unternehmer Rüdiger Stihl, der für den Ring kämpft, und seine Mitstreiter neue Vorschläge auf

den Tisch gebracht. Demnach soll nun – neben den elf Kilometern Nordoststring Richtung Fellbach – auch ein großer Teil der B 27 im Kornwestheimer Osten unter die Erde verlegt werden, auf einer Strecke von 900 Metern und auf Höhe des Salamanders-Stadtparks. Neue Landschaftsflächen, Grün, fahrrad- und fußgängerfreundliche Landschaften würden entstehen. Von einem neuen „Landschaftspark“ ist gar die Rede.

Teure Kosten, große Baustelle

„Kleiner“ Wermutstropfen: Lässige 1,4 Milliarden würde der teils untertunnelte Nordoststring damit mittlerweile kosten. Davon abgesehen, dass man wohl davon ausgehen müsste, dass sich die halbe Stadt über einen nicht unbedeutenden Zeitraum in eine Baustelle verwandeln würde. Der Ludwigsburger CDU-Bundestagsabgeordnete Steffen Bilger, Befürworter des Straßenbaus, sagt hierzu: „Es ist gut, dass der Vorstoß Bewegung in das Thema ge-

bracht hat.“ Die Zeiten seien vorbei, in denen man Verkehrsinfrastrukturprojekte einfach „durchdrücken“ könne, er hoffe auf Dialog. „Auch wenn die Kosten bei dieser Lösung natürlich sehr hoch wären.“

Und wie sehen die Kornwestheimer das nun? Die Reaktion der Verwaltungsspitze ist verhalten. „Im Moment gilt unser klares Nein“, betont Oberbürgermeisterin Ursula Keck. Für den 13. Juli sei ein erstes Gespräch über die modifizierte Planung mit Dr. Stihl und der Planungsgruppe geplant. Für diesen Tag ist auch die öffentliche Abschlussveranstaltung mit Podiumsdiskussion des „Faktenchecks“ des Verkehrsministeriums vorgesehen. Dabei soll es unter anderem um den Nordoststring und Alternativen gehen. Bisher kenne sie Details zur neuen Planung nur aus der Presse, betont Keck. „Wir sind aber froh, dass die Akteure das Argument des zusätzlichen Verkehrs in der Stadt und das Argument, dass es nicht ausreicht, nur einen Teil zu untertunneln, aufnehmen.“

Auch Baubürgermeister Daniel Güthler wollte auf Anfrage unserer Zeitung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vertieft auf den neuen Vorschlag eingehen. Der Erste Bürgermeister wertet es allerdings als „positives Signal“, dass die ökologische

Kritik am Nordoststring von den Planern berücksichtigt wurde. Mit der neuerlichen Variante werde anerkannt, dass die bisherige Planung untauglich gewesen sei. Güthler ist darüber hinaus der Ansicht, dass neue Verkehrsdaten erhoben werden müssen. Die bislang verwendeten Zahlen seien „zum Teil zehn Jahre alt“.

Aussprache im Rat geplant

Nach dem Treffen mit der Planergruppe soll es eine Aussprache im Gemeinderat zum Thema Nordoststring geben. Hans Bartholomä, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Gremium, will sich vor einem abschließenden Urteil ein genaues Bild von den Plänen machen. Grundsätzlich sei der Nordoststring aus Kornwestheimer Sicht jedoch kritisch zu sehen. Belastet würden vor allem künftige Generationen.

Thomas Ulmer, Fraktionschef der Grünen im Gemeinderat, ist erwartungsgemäß nach wie vor kein Fan. „An unserer Position als solcher ändert der neue Vorschlag nichts“, sagt er. Wenn nun wieder eine Straße gebaut werde, ob unter- oder überirdisch, ziehe das mehr Verkehr an. „Der Umstieg auf den ÖPNV muss das Ziel sein, hier wäre das Geld besser investiert“, so Ulmer.